

Schulfach Informatik im Abitur mit klassischen Naturwissenschaften gleichstellen

Die Digitalisierung umgibt jeden von uns. Die Menschen teilen persönliche Momente auf dem Smartphone, buchen Zugtickets bequem vom Sofa aus oder greifen von der Hosentasche aus auf Informationen der ganzen Welt zu. Die digitale und die analoge Welt verschmelzen immer mehr, Arbeitsplätze und Berufe verändern sich – und darauf soll auch die Schule vorbereiten. „Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler nicht bloß mit digitalen Medien umgehen können, sondern ebenso die digitalen Prozesse und Entwicklungen nachvollziehen. Sie sollen verstehen, wie die Technik hinter unserer digitalen Welt funktioniert, und sie aktiv mitgestalten“, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Franziska Müller-Rech.

Dazu wollen die Fraktionen von FDP und CDU nun das Fach Informatik mit den Naturwissenschaften im Abitur gleichstellen. Bisher ist Informatik gegenüber den Fächern Biologie, Physik und Chemie benachteiligt. Es entscheiden sich noch zu oft Schülerinnen und Schüler gegen Informatik als Abiturfach, weil es die Wahl der anderen Abiturfächer unnötig einschränkt. NRW soll sich im Rahmen der Kultusministerkonferenz für die Gleichstellung des Faches einsetzen und damit die Wahl als Abiturfach erleichtern. „Wenn wir stets die Bedeutung der Digitalisierung für unsere Gesellschaft



Franziska Müller-Rech (FDP)

betonen, müssen wir auch das Fach Informatik in der Schule ausreichend wertschätzen. Das Pflichtfach in der Sekundarstufe I war ein wichtiger erster Schritt, nun stärken wir die Informatik auch in der Oberstufe“, betont Franziska Müller-Rech. Damit setzt die NRW-Koalition ihren Kurs der kontinuierlichen Stärkung des Faches Informatik fort.



Dürftige Digital-Bilanz der Landesregierung

Die Landesregierung legte 2019 eine Digitalstrategie für NRW vor. Mit einer Großen Anfrage haben wir den Stand der Umsetzung abgefragt. Das Ergebnis ist dürftig. Erst 18 Prozent der 44 Ziele wurden erreicht, mehr als ein Drittel verfehlt. Der Weg zu einem digitalisierten NRW ist noch weit.



Matthi Bolte-Richter (Grüne)

Das Digitalministerium ist Etikettenschwinder. Ihm fehlen konkrete Durchgriffsrechte gegenüber anderen Ministerien und es überprüft manche Ziele nicht. Einige Ziele der Digitalstrategie

waren ambitionslos – sie können ohne viel Handeln erreicht werden –, andere waren so unspezifisch, dass sie sich nicht messbar überprüfen lassen.

Wieder andere waren wohl zu hoch gesteckt: Bei der Anbindung von Privathaushalten, Schulen und Gewerbegebieten an schnelles Internet verpasste die Landesregierung ihre eigenen Ziele. Wir brauchen endlich einen verbindlicheren Pfad, wie Glasfaser und 5G flächendeckend in NRW ausgebaut werden. NRW muss den Genehmi-

gungsturbo zünden. Die digitale Verwaltung lässt ebenso auf sich warten – nur etwas mehr als ein Drittel der Prozesse ist digitalisiert.

Die Digitalisierung der Wirtschaft kommt nicht voran. Gerade der Mittelstand hat weiterhin erheblichen Aufholbedarf. Potenziale von sozialen und ökologischen Startups bleiben liegen. Es braucht gezielte Förderprogramme und spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen für Social Entrepreneurs. In der Digitalpolitik der Landesregierung ist Klimaschutz ein Randthema. Die Digitalisierung muss Motor des Klimaschutzes sein.



Unser Wald ist zu wertvoll, um ihn zu verfeuern!

Manchmal kann man den Eindruck gewinnen, dass selbst der größte Unsinn als ernstzunehmender Beitrag gewertet wird, wenn nur das Etikett „Klima“ draufsteht. Dabei stellt sich so manche Maßnahme bei genauerem Hinsehen als nutzlos, schlimmstenfalls kontraproduktiv heraus. Ein gutes Beispiel dafür ist die Klassifizierung von Holzverbrennung als „weitgehend klimaneutral“. Dieser Einschätzung widersprechen jedoch nicht nur eine Reihe von wissenschaftlichen Analysen und Studien, auch rund 800 Wissenschaftler haben bereits im Jahre 2018 in einem „Brandbrief“ an das EU-Parlament betont, dass die Verbrennung von Biomasse den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre und die Erwärmung für Jahrzehnte bis Jahrhunderte erhöhen werde. Ungeachtet all dessen sind weiterhin umfangreiche Subventionen für die CO₂-intensive Holzpelletverbrennung



in Kraft. Weshalb die AfD-Fraktion in einem Antrag fordert, sämtliche landeseigenen Subventions- und Förderprogramme, die im Zusammenhang mit holzbasierten Brennstoffen stehen, mit sofortiger Wirkung zu beenden. Schon heute wird der jährliche Holzzuwachs in Deutschland nahezu vollständig geerntet – womit dem Wald Totholz als wichtiges Strukturelement für Artenvielfalt, Nährstoffverfügbarkeit und Humusaufbau fehlt. Daher ist auch die Rodung von Wald-

flächen für Windkraftanlagen äußerst kritisch zu sehen, wie der Parlamentarische Geschäftsführer und forstpolitische Sprecher Andreas Keith erklärt: „Statt immer mehr Forstflächen für ineffiziente Windkraftanlagen zu opfern und das auch noch zu subventionieren, ist es Aufgabe der Politik, den Wald als Rückzugs- und Erholungsgebiet zu bewahren. Eine direkte Unterstützung der Waldbauern, die es ihnen erlaubt, Wälder zu erhalten statt abzuholzen, wäre im Sinne von Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Energieeffizienz die beste Investition für unsere Zukunft!“

